DSTG

Oktober 2004
Jahrgang 08

Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 46

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.

DSTG Landesverbandstag 2004 in Celle

Zwischen Wut und Widerstand

Es brodelt in der Mitgliedschaft: Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft in Niedersachsen hat am 06. und 7. September 2004 den alle 4 Jahre anstehenden Verbandstag durchgeführt und Personen und Programm für die neue Amtsperiode festgelegt.

144 stimmberechtigte Delegierte aus dem gesamten Land haben sich den drängenden Fragen des beruflichen Alltags in ihrer Verwaltung gestellt und mit der Verabschiedung von 3 Entschließungen und 124 Sachanträgen ein beachtliches Arbeitspensum erledigt.

Es geht weiter mit Jürgen Hüper an der Spitze, der als Vorsitzender mit über 96 Prozent aller Stimmen eine uneingeschränkte Bestätigung seiner bisherigen Arbeit erhielt. Dr. Thorsten Eichenauer, Heike Bischoff und Günther Abeling stehen ihm künftig als Stellvertreter zur Seite. Uschi Japtok, Bernd Borgfeld und Reiner Küchler als Beisitzer runden das Führungsteam im Geschäftsführenden Vorstand ab.

Mit der Wahl von 10 Beisitzern zum Landesvorstand und den neu gewählten Bezirksausschüssen sind die satzungsgemäßen Positionen besetzt. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft in Niedersachsen ist für die kommenden berufspolitischen Auseinandersetzungen neu aufgestellt.

Unmissverständliche Akzente setzte der soeben wiedergewählte Jürgen Hüper gegenüber Finanzminister Hartmut Möllring, den er zusammen mit den anwesenden Abgeordneten aus allen 4 Landtagsfraktionen in scharfen Tönen annahm: Urlaubsgeld weg, Weihnachtsgeld konfisziert, Leistungsprämien und -zulagen erst gar nicht ausgezahlt, Wochenarbeitszeit „auf höchstem Niveau“ noch für viele zu kurz, Personalabbau bei einer Verwaltung, in der jeder Mitarbeiter statistisch mehr bringt als er kostet. Die Dramaturgie seiner Anklage wurde mehrfach vom Beifall der Mitgliedschaft unterbrochen. Gereizte Stimmung lag in der Luft, als Hüper die politische Gegenleistung der Verantwortlichen auf eine immer noch beharrliche Arbeitsleistung des Personals beim Namen nannte:

Eine Steuerreform, die keine Impulse zur Steuervereinfachung entfalte, eine Steueramnestie, die Betrüger beschenke und den Steuerehrlichen verhöhne, eine Reduzierung der Schlagkraft von Steuerfahndung und Betriebsprüfung durch Personalverdünnung und Ausstattungsdefizite, eine Personalwirtschaft mit unverständlichen Einsparungen und chronischem Mitarbeiterfehl sowie ein Ausbildungswesen, dass Nachwuchs fit mache, ohne die volle Eingliederung der jungen Leute in die Verwaltung durchzusetzen.

Der gesetzeskonforme Vollzug des Steuerrechts könne so nicht wirklich gewollt sein, die pedantische Sachverhaltsermittlung rechne sich offensichtlich nicht mehr.

Fortsetzung siehe Seite 2

Aus dem Inhalt:

Landesverbandstag 2004 - Protestkundgebungen

Aktionen vor Ort - Cuxhaven, Nienburg und Bad Gandersheim

Neue Internetadresse der DSTG Niedersachsen:
Sie finden unsere Homepage ab sofort unter:
www.dstgnds.de

LANDESVERBANDSTAG 2004

Fortsetzung von Seite 1

Abnicken statt abklären.

Sein Fazit: Mut und Motivation bei den Mitarbeitern werden immer brüchiger. Oder sind sie gar schon verloren gegangen?

„Korrigieren Sie Ihre Entscheidung zum Storno des Weihnachtsgeldes, wir können Ihnen im Gespräch reichlich aufzeigen, wie die entsprechenden Beträge ohne Schaden gewonnen werden können“. Die mit starkem Beifall belohnte Rede signalisierte die Bereitschaft zum umfassenden Meinungsaustausch, nannte aber ungeschminkt die zum Teil schweren Lecks im Schiffsrumpf der Steuerverwaltung.

Die im Programm auch als Erwiderung vorgesehene Rede des Ministers war eher die Präsentation von haushaltspolitischer Ohnmacht als der Auftritt eines selbstbewussten Sachwalters der Staatsfinanzen, der überdies noch Dienstherr des Heeres der Steuerbeamten ist. Mit gedämpfter Stimme und zaghafter Diktion versuchte Hartmut Möllring erst gar nicht substantielle Antworten auf die zahlreichen Stichworte Jürgen Hüpers zu geben. Temperament blitzte lediglich bei den zahlreichen giftigen und ironischen Zwischenrufen aus der Zuhörerschaft im Gesicht des sonst als Hardliner in der Regierung bekannten Ministers auf. Die Beschreibung der Haushaltssituation im Lande, die der Größenordnung wegen nicht mehr roten, sondern nahezu tödlich roten Zahlen, Erläuterungen zu neuen Arbeitsmethoden und -programmen wie fiscus u.a. verfehlten ihre Wirkung als Heilsbotschaften, weil über allem die Ankündigung weiterer Einsparungen bei den Sachkosten, Beraterleistungen, im Personalbestand und bei der IuK-Technik stand und so neues Unheil droht. Die „Wir haben keine Alternative“ Rede des Ministers wurde artig beklatscht. Da sein Auftritt wahrhaftig kein Heimspiel war, drückte der Beifall Anerkennung für sein Kommen, nicht aber die Zustimmung zu seinen Aussagen aus.

Die Grußworte der Sprecher bewegten sich inhaltlich zwischen personalpolitischen Selbstverständlichkeiten und gutgemeinten Therapieversuchen, die wenig originell waren.

Der Stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Manfred Lehmann aus Köln brachte in herzerfrischender Art noch einmal „Butter bei die Fische“ und lebte sein rheinisches Temperament rhetorisch anhand praktischer Erfahrungen und Fälle aus.

Das auch in Niedersachsen in Vorbereitung befindliche Aussteuerungsverfahren GNOFÄ kam ebenso an die Reihe wie das in Stuttgart angepeilte Scannerverfahren der Schweizer, das schon in der Planungsphase ohne jeden realen Effekt zu Personaleinsparungen missbraucht werde. Lehmann wagte einen Blick in die Zukunft mit dem anstehenden Alterseinkünftegesetz und fragte nach Arbeitsaufwand und Verhältnismäßigkeit, um Falschangaben zu finden und lächerliche Mehrsteuern zu erzielen. Eine kluge Regie hatte Lehmann mit seiner Rede auf der Rednerliste hinter die im Dissens aufgehenden Ansprachen des Landesgewerkschaftsvorsitzenden und des Ministers platziert so gab es wenigstens am Ende doch etwas zu lachen.

Aus der Arbeitssitzung wäre noch anzumerken, dass die leidenschaftliche Diskussion des Antrages Nr.46 / 47 nicht nur die Politik, sondern auch die Öffentlichkeit aufhorchen lassen sollte: Die Antragsteller forderten nämlich angesichts eines nachhaltig gestörten partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Staat und seinem Personal das Streikrecht für Beamte, um der einseitigen, rechtmissachtenden „Von-oben-herab“ Behandlung Einhalt zu gebieten. Dass man in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, die aus dem Bund Deutscher Steuerbeamten hervorgegangen ist, die einst heilige Kuh der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums überhaupt zur Diskussion zu stellen wagt, zeigt, wie weit es mit dem Berufsethos der Beamten nach jahrzehntelangen Zurückstellungen gekommen ist. Die Traditionalisten konnten mit Mehrheit zwar noch erreichen, dass das Wort „Streik“ in dem gefassten Beschluss nicht auftaucht. Der Gedanke eines berufsorientierten Widerstandsrechts fand aber allgemeine Zustimmung und sollte in den politischen Schaltstellen nicht leichtfertig überhört werden. „Das Maß ist restlos voll“ so die durchgängige Meinung.

Aus Mut und Motivation sind Wut und die Bereitschaft zum Widerstand geworden, denn die Treuepflicht kann nicht dauerhaft in eine Einbahnstraße einmünden, in der es für das Personal keine Gegenrechte gibt.

Alles in allem ein eindruckvoller Verbandstag, der sich bemüht hat, die Situation des Einzelnen in der Finanzverwaltung erträglich zu erhalten und der Verwaltung insgesamt ein Aussehen zu retten, das einem modernen Staat angemessen bleibt.

Christoph Duensing, DSTG Ehrenmitglied

Direkt im Anschluss an den Landesverbandstag haben der neu gewählte Geschäftsführende Vorstand, sowie der neu gewählte Landesvorstand ihre Arbeit aufgenommen.
Dabei wurden nicht nur die bevorstehenden Sitzungstermine festgelegt, sondern der Landesvorstand hat auch beschlossen, die Kollegen *Welf-Heinrich Bruch* und *Markus Plachta* in den Geschäftsführenden Vorstand (GfV) zu kooptieren. Beide werden die Arbeit des GfV weiterhin tatkräftig unterstützen und mitgestalten.

LANDESVERBANDSTAG 2004

Der neue Landesvorstand (von links): Reiner Küchler, Veronika Deppe, Guido Seemann, Hans-Peter Pforr, Manfred Müller, Dr. Thorsten Eichenauer, Uschi Japtok, Kerstin Hübner, Markus Plachta, Jürgen Hüper, Günther Abeling, Sonja Paetsch, Henriette Schmager, Angelika Diedrich, Andreas Franke, Marianne Erdmann, Bernd Borgfeld und Thorsten Balster (es fehlen: Angelika Podschadly, Ole Beckmann und Willi Fritsche)

Der neue Bezirksausschuss Hannover

von links: Andreas Grundmann, Angelika Podschadly, Veronika Deppe, Günther Abeling (Vorsitzender) und Andreas Franke

Der neue Bezirksausschuss Oldenburg

von links: Hartmut Hupka, Heike Bischoff (Vorsitzende), Gerd Holthuis und Manfred Müller (es fehlt: Johannes Wilmes)

LANDESVORSTAND

Der Landesvorstand informiert:

Zahlungen aus der Hilfskasse (Darlehen)

Der Landesvorstand hat beschlossen, die rückzahlbaren Unterstützungsleistungen aus der Hilfskasse (Darlehen) von derzeit € 1.000,00 ab dem 01. 01. 2005 auf € 1. 800,00 zu erhöhen. Die Rückzahlungsraten betragen monatlich € 60,00. Die Bearbeitungsgebühr beträgt wie bisher 3 v. H. der Darlehenssumme.

Mitgliedsbeiträge für Teilzeitbeschäftigte

Der Landesverbandstag hat am 07. 09. 2004 in Celle beschlossen, dass ab dem 01. 01. 2005 der ermäßigte Beitrag nur von Teilzeitbeschäftigten erhoben wird, deren Arbeitszeit weniger als 70 v. H. der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt.

Zahlungen aus der Unterstützungskasse (Sterbegelder)

Der Landesverbandstag hat am 07. 09. 2004 in Celle beschlossen, dass ab dem 01. 01. 2005 für neu eintretende Mitglieder im Sterbefall an deren Hinterbliebene keine Zahlungen aus der Unterstützungskasse mehr vorgenommen werden.
Für alle am 31. 12. 2004 vorhandenen Mitglieder wird die bis zu diesem Stichtag erreichte Mitgliedsdauer festgestellt. Entsprechend dieser Mitgliedszugehörigkeit wird fiktiv die erworbene Unterstützungsleistung festgehalten. Im Sterbefall kommen dann jeweils die Beträge zur Auszahlung, die zum 31. 12. 2004 bestanden haben. Das Mitglied muss allerdings - wie bisher - bis zum Todestag Mitglied in der DSTG gewesen sein.

Beispiel A: Eintritt 01.04.1970, Dauer der Mitgliedschaft 31.12.2004 34 Jahre, auszuzahlende Unterstützungsleistung € 750,00.
Beispiel B: Eintritt 01.04.1990, Dauer der Mitgliedschaft 31.12.2004 14 Jahre, auszuzahlende Unterstützungsleistung € 500,00.
Beispiel C: Eintritt 01.04.1995, Dauer der Mitgliedschaft 31.12.2004 9 Jahre, auszuzahlende Unterstützungsleistung € 400,00.
Beispiel D: Eintritt 01.04.2003, Dauer der Mitgliedschaft 31.12.2004 1 Jahr, Auszuzahlende Unterstützungsleistung € 100,00.

PROTESTKUNDGEBUNGEN

Demonstrationen unter dem Motto: „ Das lassen wir uns nicht bieten“

Der dbb, beamtenbund und tarifunion, landesbund niedersachsen hatte zu vier Protestkundgebungen in Lüneburg, Osnabrück, Oldenburg und zum Abschluss in Hannover aufgerufen. Fast 5.000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Fachgewerkschaften des dbb sind diesem Aufruf insgesamt gefolgt. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft war an diesen Kundgebungen nicht unwesentlich vertreten.

In Hannover fand die Demonstration vor dem Niedersächsischen Finanzministerium statt. Mit Trillerpfeifen, Transparenten und Fahnen ausgestattet, machten die rund 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Politikern aller vier im Landtag vertretenen Parteien deutlich, dass die Belastungsgrenze der Beschäftigten im öffentlichen Dienst längst überschritten ist.

Der Beamte als Sparschwein der Nation? Der Beamte als derjenige, der per Gesetz verpflichtet wird, über Gebühr hinaus Opfer zur Sanierung des Haushaltes zu erbringen und dafür mit dem Gang zum Sozialamt belohnt wird?

Dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht mehr bereit sind, ihrem Dienstherrn über ihr letztes Hemd hinaus auch noch das allerletzte Hemd zur Verfügung zu stellen, konnten die vier anwesenden Politiker von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sowie der ebenfalls zeitweise anwesende Finanzminister Möllring hautnah erleben. „Das Land greift ihren Beschäftigten immer tiefer in die Tasche und wundert sich anschließend, dass die Kaufkraft sinkt“, so die Aussage des Vorsitzenden des dbb landesbund niedersachsen, Friedhelm Schäfer zu den Auswirkungen der Sparvorhaben gegenüber der Politik. So lässt sich ein Haushalt nicht sanieren!

Im Anschluss an die Rede des dbb- Landeschefs kamen die Vertreter der im Landtag vertretenen Fraktionen zu Wort. Als Wilhelm Heidemann (CDU) versuchte, die Haushaltspolitik des Landes zu verteidigen und um Verständnis zu bitten, erntete er ein gellendes Pfeifkonzert aus der aufgebrachten Menge. Die Rufe „Aufhören“ führten schließlich dazu, dass er seine Ausführungen unterbrechen musste, und erst fortsetzten konnte, nachdem der dbb-Vorsitzende Schäfer einen beruhigenden Appell an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gerichtet hatte.

Zum Abschluss der Kundgebung formierten sich die Demonstrantinnen und Demonstranten zu einem Protestmarsch durch die Hannoversche Innenstadt mit dem Ziel Staatskanzlei. Dort wurde dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hirche eine Unterschriftenrolle mit Unterschriften und Statements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller vier Protestkundgebungen übergeben.

Die Protestkundgebungen wurden durch die Einzelaktionen in der Mitgliedschaft eindrucksvoll unterstützt. Mit persönlichen Schreiben und Mails, sowie durch Gespräche mit den in den einzelnen Regionen ansässigen Abgeordneten und durch Podiumsdiskussionen konnte Politikern verdeutlicht werden wie sich die Situation der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes darstellt. Die Mitgliedschaft ist weiterhin gefragt, wenn es darum geht, den Verantwortlichen zu zeigen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die „Suppe nicht länger auslöffeln“ können und wollen..

Das Ende der Fahnenstange ist tatsächlich erreicht!

AUS DER ARBEIT VOR ORT

Aktionsbündnis öffentlicher Dienst Cuxhaven - Einklinken statt Abkoppeln!

Auf Initiative des Personalrats beim FA Cuxhaven wurde ein "Aktionsbündnis öffentlicher Dienst (ö.D.) Cuxhaven" ins Leben gerufen. An diesem Bündnis haben sich Personalräte von Bundes-, Landes- und Kommunaldienststellen in Stadt und Landkreis Cuxhaven, unterstützt von den Gewerkschaften des ö.D. (dbb und DGB) beteiligt.
Eine erste Demonstration (Sternmarsch mit Transparenten) mit anschließender Kundgebung fand am 8. September 2004 in der Einkaufszone Cuxhavens statt. Weil man sich zur Mittagszeit traf, gab`s zuerst eine "dünne Suppe", die symbolisch für das stehen sollte, was sich Beamtinnen und Beamte insbesondere des mittleren Dienstes von ihrem Gehalt "künftig noch werden leisten können".

Wie sehr die Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung jene treffen, die sich als Beamte wegen ihres besonderen Dienst - und Treueverhältnisses "nicht wehren können", rechnete Reiner Küchler vor. Danach addieren sich "die Opfer", die Beamte des ö.D. bereits erbracht haben, auf circa 750 Mio. Euro und bringen einzelne Beamte trotz ihres Einsatzes in die Nähe der Sozialhilfe. "Keine andere Gruppe hat in Niedersachsen bisher vergleichbare Opfer erbracht", so Küchler, der angesichts der Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld und anderer Reduzierungen im Gesamtvolumen von ca. 10% des Einkomens "die Motivation bei Null" sieht: Aber wir lassen das nicht an den Bürgern aus, sondern sind weiter für sie da."

Das Bündnis kündigte weitere Aktionen an, falls die Politik nicht von den geplanten Streichungen abrückt.

Reiner Küchler, Finanzamt Cuxhaven

Gespräch im Finanzamt Bad Gandersheim

Auf Einladung des Ortsverbandes der Deutschen Steuergewerkschaft und des Personalrates beim Finanzamt Bad Gandersheim erschien der CDU-Landtagsabgeordnete Joachim Stünkel im Finanzamt Bad Gandersheim. Mit Bediensteten der Finanzämter Bad Gandersheim und Northeim diskutierte er ausführlich über die derzeitige Personallage in der niedersächsischen Steuerverwaltung und die von der Landesregierung beabsichtigte Besoldungskürzung bei den Beamten.

Jes-Uwe Jessen, Finanzamt Bad Gandersheim

von links: Günter Breitenstein (Ortsverbandsvorsitzender der DSTG), Frank Heilmann (Vorsteher des Finanzamts Bad Gandersheim), Joachim Stünkel (CDU-Landtagsabgeordneter), Veronika Deppe (Mitglied im Hauptpersonalrat des Finanzministeriums), Andreas Grundmann (Personalratsvorsitzender beim Finanzamt Northeim).

Podiumsdiskussion in Nienburg/Weser

Am 19.08.2004 veranstaltete der Ortsverband Nienburg/Weser eine Podiumsdiskussion mit dem Thema, "Streichung der Sonderzuwendung und Situation der Finanzverwaltung".

Auf dem Podium konnte Jörg Deutscher, Vorsitzender des Ortsverbandes, die Landtagsabgeordneten Wilhelm Heidemann (CDU) und Michael Albers (SPD) begrüßen. Weitere Teilnehmer waren Günther Abeling und Dr. Thorsten Eichenauer vom Landesverband sowie die Personalratsvorsitzenden Ole Beckmann (Gesamt-OFD) und Rainer Fromme (FA Nienburg/Weser).

Jörg Deutscher stellte vor 90 Gästen, die Sparmaßnahmen der Landesregierung der zurückliegenden Jahre vor und erklärte, dass mit der geplanten Streichung der Sonderzuwendung nunmehr das Maß voll sei. Anschließend bekamen die Landtagsabgeordneten die Möglichkeit, sich vorzustellen und ein erstes Statement abzugeben. Diese Ausführungen hatten genügend "Zündstoff", um eine rege Diskussion auszulösen.

Die Fragen und Wortbeiträge kamen fast ausnahmslos aus dem Zuhörerraum. Kolleginnen und Kollegen (vornehmlich aus dem Mittleren Dienst) schilderten Ihre persönliche finanzielle Situation und untermauerten mit Daten und Fakten die Auswirkungen der "Streichorgie". Andere Gäste äußerten ihr Unverständnis gegenüber den Abgeordneten, dass bei der Konsolidierung des Landeshaushalts lediglich auf die Ausgabenseite gesehen und die Einnahmeseite vernachlässigt wird. Die Übernahme der Anwärter, die komplizierten und unübersichtlichen Steuergesetze sowie der Motivationsverlust wurden ebenso angesprochen wie das zukünftige Konsumverhalten der Landesbediensteten.

AUS DER ARBEIT VOR ORT

Eine Fülle von Fragen, die auf die Abgeordneten niedergingen. Die Antworten waren jedoch nicht vielversprechend. Das man versuchen könnte, einen Teil des Haushalts mit der Erhöhung der Einnahmen wieder aufzufrischen, war offensichtlich eine ganz neue Erkenntnis, über die noch nicht nachgedacht wurde. Einsicht erzielten die Diskussionsteilnehmer jedoch bei der finanziellen Situation der "Geringverdiener". Eine soziale Staffelung der Sonderzuwendung soll geprüft und angestrebt werden.

Nach 2,5 kurzweiligen Stunden beendete ein Kollege für sich die Veranstaltung und sagte: "Ich hätte mir gewünscht, dass hier und heute Perspektiven aufgezeigt werden, wie und unter welchen Voraussetzungen es in Zukunft weiter gehen kann. Dieses ist jedoch nicht der Fall. Ich gehe jetzt frustriert und enttäuscht nach Hause."

Er war übrigens nicht der Einzige!

von links.: Wilhelm Heidemann, Günther Abeling, Michael Albers, Dr. Thorsten Eichenauer, Jörg Deutscher, Rainer Fromme und Ole Beckmann

Rainer Fromme, Finanzamt Nienburg/Weser

LANDESVORSTAND

Aktuelle Information - Aktuelle Information - Aktuelle Information - Aktuelle Information

Einstweiliger Ruhestand gem. § 109 Abs. 2 NBG

Wie aus der Presse und anderen Veröffentlichungen zu entnehmen war, hat das Kabinett in seiner 64. Sitzung am 24.08.2004 die Anwendung des § 109 Abs. 2 des niedersächsischen Beamtengesetzes beschlossen. Danach besteht für Beamtinnen und Beamten, die in einer aufgelösten oder aufzulösenden Behörde beschäftigt sind und das 55. Lebensjahr vollendet haben, die Möglichkeit der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.

Der Kabinettsbeschluss sieht ebenfalls vor, dass interessierte Beamtinnen und Beamte der Landesverwaltung auch dann von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können, wenn ihre Behörde nicht von einer Auflösung betroffen ist. Voraussetzung ist hier aber, dass in der aufzulösenden Behörde ein adäquater Tauschpartner mit entsprechender Eignung vorhanden ist, der zum 01.01.2005 an die Behörde versetzt wird, der der in den einstweiligen Ruhestand eingetretene Beschäftigte angehörte.

Für Beamtinnen und Beamte der niedersächsischen Steuerverwaltung kommt (so auch der Erlass des Niedersächsischen Finanzministeriums vom 16.09.2004) die hier aufgezeigte Möglichkeit nicht in Betracht.

Die Verwendung als Beamtin oder Beamter in der niedersächsischen Steuerverwaltung setzt den erfolgreichen Abschluss eines vorangegangenen Vorbereitungsdienstes voraus. Dieser richtet sich nach den Bestimmungen des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes (StBAG) sowie der Steuerbeamten- Ausbildungs- und Prüfungsordnung (StBAPO). Beamtinnen und Beamte der aufzulösenden Behörde (Bezirksregierung) haben die Befähigung für eine Laufbahn der Steuerverwaltung durch einen derartigen Vorbereitungsdienst nicht erworben und kommen daher als adäquater Tauschpartner nicht in Betracht.

Weiterhin kommt die Anwendung des § 109 Abs. 2 NBG ebenfalls nicht für die von der Neustrukturierung der Oberfinanzdirektion betroffenen Beschäftigten in Betracht. Voraussetzung wäre hier, dass die Änderung des Aufbaus auf einer Rechtsvorschrift beruht. Das ist nicht der Fall.

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044
FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover
Auflage: 9000 Erscheinungsweise: zweimonatlich
Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.

SCHULUNGSARBEIT

Schulung von neuen Jugend-und Auszubildendenvertretungen in Bad Eilsen

Die erste Schulung der neugewählten Jugend- und Auszubildendenvertreter fand am 16./17. September in der Landesfinanzschule statt. Nach einem kurzen Begrüßungs- und Kennenlernspiel wurden die Erwartungen an das Seminar abgefragt. Hierbei stellte sich heraus, dass die meisten der neugewählten JAV'en nicht genau wussten, was alles zu ihrem Aufgabengebiet und zu ihren Rechten und Pflichten gehört.

Nach der kurzen Einführung vermittelte Ute Bardenhorst den JAV'en die gesetzlichen Grundlagen für die JAV nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz. In Gruppenarbeit wurden die Geschäftsführung bei mehrköpfigen JAV'en und die Aufgaben und Befugnisse erarbeitet.

Nach dem das Grundwissen geschaffen war, hat Sonja Paetsch die Geschäftsführung des PR und die Verbindung zwischen JAV und PR dargestellt. Hier stand unter anderem die Zusammenarbeit PR-JAV im Mittelpunkt. Anschließend behandelte Gerd Holthuis den Bereich der allgemeinen Vorschriften, z.B. wie wichtig die Schweigepflicht ist und welche Folgen eine Verletzung haben kann.

Am Abend wurden in gemütlicher Runde alltägliche Probleme und Ideen besprochen. Die Zeit wurde genutzt, um sich unter einander kennen zu lernen. Auch der hier stattgefundene Erfahrungsaustausch wird den JAV'en bei ihrer täglichen Arbeit behilflich sein.

Am nächsten Morgen ging es weiter mit einem Einblick in das Steuerbeamtenausbildungsgesetz und der dazugehörigen Prüfungsordnung. Weitere Themen am Vormittag waren: Einladungen und Tagesordnungen für eine Jugend- und Auszubildendenversammlung sowie deren Inhalt, Mitbestimmungs- und Benehmensherstellungsmaßnahmen.

In Form eines Kalenders wurde eine Arbeitshilfe für die JAV'en mit Aufgaben und Denkanstößen erarbeitet. Ein Kalender, der jeden Monat mögliche Aktivitäten der JAV beschreibt, beispielsweise im November auf die Rückkehr der Steueranwärter vom ersten Ausbildungsabschnitt erinnert.
Alles in allem hat die abschließende Seminarkritik gezeigt, dass alle wichtigen Themen angesprochen worden sind und dass die JAV'en eine Menge für die tägliche Arbeit im Amt mitnehmen konnten.

Ute Bardenhorst, Finanzamt Bad Bentheim

LANDESVERBANDSTAG 2004 - IMPRESSIONEN